

<b>Anfrage</b> öffentlich	Datum 11.01.2023	Nummer F0001/23
Absender <b>Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz</b>		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 19.01.2023	
Kurztitel Neue Synagoge, wie soll das Problem der Ungleichbehandlung gelöst werden?		

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

nun ist die Katze über die Nutzung der neuen Synagoge in Magdeburg aus dem Sack! Die orthodoxe Gemeinde hat definitiv erklärt, dass eine gemeinsame Nutzung mit der liberalen Gemeinde zu Magdeburg nicht in Frage kommt.

Eine Nutzung der Synagoge durch beide jüdischen Gemeinden in unserer Stadt, wie z.B. in Frankfurt praktiziert, wird es in der Landeshauptstadt Magdeburg nicht geben.

Die Synagogen- Gemeinde zu Magdeburg (**orthodox**) und die Jüdische Gemeinde zu Magdeburg e.V. (**liberal**) führten den der Anfrage angehängten Schriftwechsel zu diesem Thema.

Die Behauptung, mit der die liberale Gemeinde von allen seit Jahren abgespeist wurde, die Synagoge sei für alle Juden ist falsch.

Ich möchte dazu folgende Fragen stellen:

1. Wie soll das Problem der Ungleichbehandlung, gerade in Anbetracht der Tatsache, dass während der Novemberpogrome die Synagoge, die der liberalen jüdischen Gemeinde gehörte, zuerst im Inneren zerstört und später gesprengt wurde, gelöst werden?
2. Lässt sich das Problem überhaupt zeitnah lösen und welche Lösungen schlägt die Landeshauptstadt Magdeburg vor, um keine jüdische Gemeinde zweiter Klasse entstehen zu lassen?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Aila Fassl  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
Stadträtin  
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz